

M 18 Kanzelabkündigung für die Freilassung der Inhaftierten

Archiv Köbisch

Evangelisch-Lutherisches
Landeskirchenamt Sachsens

8027 Dresden, den 11. Oktober 1989
Lukasstraße 6

Reg.-Nr. 0628/37

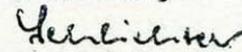
An
alle Pfarrämter
der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Kanzelabkündigung am Sonntag, dem 15. Oktober 1989

Nachfolgend übersenden wir das Wort des Landesbischofs an die Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, das am 21. Sonntag nach Trinitatis, dem 15. Oktober 1989, in allen Gottesdiensten vor der Predigt von der Kanzel zu velesen ist. Die Sperrfrist für jede Veröffentlichung ist bis 14. Oktober 1989, 24 Uhr.

Gleichzeitig übersenden wir Ihnen die Abschrift eines Briefes vom 10. Oktober 1989 an die Vorsitzenden der Räte der Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig zur Kenntnis.

In Vertretung:



Schlichter

D.308.10.89.2000

Sperrfrist: 14. Oktober 1989, 24 Uhr

Wort des Landesbischofs an die Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens mit der Bitte an alle Pfarrer und Pfarrerrinnen, es am 21. Sonntag nach Trinitatis (15. Oktober 1989) im Gottesdienst von den Kanzeln zu verlesen.

Liebe Schwestern und Brüder!

Wir sind betroffen und umgetrieben von den Ereignissen der letzten Tage. Auch in Leipzig und Dresden, in Plauen und Karl-Marx-Stadt hat es in letzter Zeit mehrfach öffentliche Ansammlungen von Tausenden von Menschen, vor allem von jungen Erwachsenen, gegeben. Sie wollten auf verschiedene Weise ihren Willen zur Veränderung bestehender Mißstände in unserer Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

In einigen Fällen gingen diese Ansammlungen ohne dramatische Folgen vorüber; in anderen Fällen kam es zur Konfrontation mit Kräften der Polizei und des Sicherheitsdienstes. Viele junge Erwachsene wurden polizeilich zugeführt, z. T. nach Verhör wieder freigelassen, z. T. im Schnellverfahren zu mehreren Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Junge Menschen wurden geschlagen und verletzt; auch Polizisten sind verletzt worden; genaue Zahlen haben wir nicht.

Gespräche zwischen Vertretern des Staates und der Kirche haben manches lindern, aber die Gesamtlage nicht ändern können. Viele Bürger im Gebiet unserer Landeskirche, Christen und Nicht-Christen, sind von tiefer Unruhe erfüllt. Wo man hinkommt, sprechen die Menschen über das eine Thema: 'Was soll nur werden? Es muß sich einiges ändern!'

Deshalb möchte ich - in Übereinstimmung mit den Brüdern und Schwestern im Landeskirchenamt - Euch drei Dinge schreiben, damit Ihr wißt, wie wir zu den genannten Vorgängen stehen.

1) Es muß Gespräche geben, zwischen den jungen Erwachsenen, die jetzt auf die Straße gehen, und Staatsvertretern; Gespräche über die Enttäuschungen und Veräbterungen und Wünsche der jungen Menschen. Es müssen Lösungen gesucht werden. Erste Anfänge hierzu sind begrüßenswert. Ohne solche Gespräche gibt es keine Ruhe im Lande; es sei denn die Ruhe der Gewalt. Es muß über die gerichtliche Verurteilungsweise und über die Freilassung der Inhaftierten gesprochen werden. Die schematische Charakterisierung der sich versammelnden jungen Erwachsenen als Rowdies o. ä. ist ungerecht. Eine junge Generation ohne Spontaneität und Entschlossenheit wäre eine schlechte junge Generation.

2) Viele Menschen - viel zu viele -, gerade auch junge Erwachsene, verlassen unser Land. Bis in die Nacht hinein verfolgt uns der Schmerz über solches Verlassenwerden. Manche mögen verlockt worden sein, manche unüberlegt handeln. Die Mehrzahl aber geht, weil sie trotz aller sozialen Sicherheit hier nicht mehr leben will. Ihr Weggehen ist ein menschlicher, kultureller und wirtschaftlicher Aderlaß ersten Ranges, in manchen Fällen eine persönliche Verarmung unserer Seele. Wer spricht rechtzeitig mit ihnen? Tun wir Christen es in unseren Gemeinden?

Es ist unverantwortlich zu behaupten, den Weggehenden brauche man nicht nachzutrauern; es ist unverantwortlich, unbequemen Bürgern, die hier bleiben wollen, das Weggehen nahezu legen.

Es muß unter uns normal werden, nicht nur über die Vorteile unserer Gesellschaft, sondern auch über ihre Nachteile zu hören und offen zu sprechen. Es muß der bittermachende oder auch zur Ironie verleitende Unterschied zwischen dem, was in den meisten Zeitungen steht oder in der Aktuellen Kamera vermittelt wird, und dem häufigen Erleben der Bürger z. B. in den Geschäften, z. B. beim Betrachten vieler Häuser in Städten usw. überwunden werden. Der kirchliche Monatsspruch für Oktober (Spr. 29,5) heißt: "Wer seinem Nächsten schmeichelt, spannt ihm ein Netz über den Weg". Offenheit ist nicht Feindseligkeit.

3) Schließlich möchte ich Euch bitten, in Gesprächen und im Gebet vor Gott dafür einzutreten, daß Gewaltanwendung, - von welcher Seite auch immer -, vermieden wird. Gewalt zerstört, was uns teuer ist. Wir brauchen einen kühlen Kopf. Ich bitte Euch eindringlich um unbedingte Gewaltlosigkeit. Das Leben zu erhalten, ist ein sehr hoher Wert. Die Herrnhuter Losung für den heutigen Sonntag (Ps. 62,7) lautet: "Gott ist mein Fels, meine Hilfe und mein Schutz, daß ich nicht fallen werde".

Mit unseren Worten: Gott, der Unsichtbare, aber Wirkliche, nimmt uns Menschen in der DDR wahr; er schaut durch und voraus in die Zukunft, und er spricht ein kräftiges Wort zu ihrer Gestaltung mit. Ruft ihn an um Hilfe und Bewahrung vor Gewalt.

In Ps. 62,9 lesen wir: "Hofft auf ihn allezeit, liebe Leute, schüttet euer Herz vor ihm aus. Gott ist unsere Zuversicht".

Ich grüße Euch in der Verbundenheit unseres Glaubens!

Euer
Johannes Hempel

Abschrift

Evangelisch-Lutherisches
Landeskirchenamt Sachsens

8027 Dresden, den 10. Oktober 1989
Lukasstraße 6

Reg.-Nr. 0619/201

An
die Vorsitzenden
der Räte der Bezirke
Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig

Freilassung der in den vergangenen Tagen Festgenommenen und Verhafteten

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Im Zusammenhang mit öffentlichen Willensbekundungen tausender Bürger, die in den vergangenen Tagen in verschiedenen Städten im Bereich der sächsischen Landeskirche stattgefunden haben, ist eine große Zahl überwiegend junger Menschen von den Sicherheitskräften festgenommen worden.

Viele Familien vermissen ihre Angehörigen und haben bis jetzt noch keine oder nur unklare Auskünfte über deren Verbleib und Schicksal von den Untersuchungsorganen erhalten. Darüber und über die bei den Festnahmen und Vernehmungen vielfach geübte unnötige und vollkommen unangemessene Gewalt ist es in der Bevölkerung zu erheblicher Beunruhigung und Empörung gekommen.

Im Interesse der jetzt unbedingt notwendigen Beruhigung der allgemeinen Lage bitten wir Sie dringlich, sich mit den Ihnen zu Gebote stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, daß alle Festgenommenen und Verhafteten unverzüglich auf freien Fuß gesetzt werden.

Bitte unterrichten Sie uns rasch über Ihre Bemühungen und deren Ergebnisse.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Hempel
Landesbischof

gez. i. V. Schlichter
Präsident